



Ergänzend zu den bestehenden Publikationsreihen „Impulse gegen Rechtsextremismus“ und „Expertisen für Demokratie“ beginnt das Projekt „Gegen Rechtsextremismus“ der Friedrich-Ebert-Stiftung mit der vorliegenden Veröffentlichung die neue Reihe „Im Wortlaut“. Darin werden herausragende Redebeiträge von Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Themenfeld Rechtsextremismus/Rechtspopulismus im Wortlaut dokumentiert.

Den Anfang macht der Vortrag, den Werner A. Perger am 1. Juni 2015 auf der Konferenz „Europas radikale Rechte ein Jahr nach der Wahl – Eine Zwischenbilanz“ gehalten hat.

1 | 2015

Werner A. Perger

Der Geist von Pegida ist längst aus der Flasche

Europas Rechte – ein Jahr nach der Europa-Wahl vom Mai 2014

Das Thema des europäischen Rechtspopulismus ist inzwischen nicht mehr ganz neu. Aber es ist von wachsender Aktualität. Wie alle politischen Problementwicklungen fing es klein an, in einem kleinen Land inmitten unseres alten Kontinents: Österreich.

Der Aufstieg des Rechtspopulismus ist verbunden mit dem Namen, an den sich Zeitzeugen auch außerhalb der Alpen-Donau-Republik gewiss noch erinnern: Jörg Haider. Das in den 1990er-Jahren noch relativ neue europäische Phänomen einer radikal rechten Bewegung innerhalb der und zugleich gegen die liberale, repräsentative Demokratie war verbunden mit Haiders Aufstieg in der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ), jener Partei, die nach 1945 in der Zweiten Republik zunächst als Sammelbecken ehemaliger österreichischer Nazis und ungebrochener Deutschnationaler fungiert hatte.

Politisch rechts orientierte Aktivisten gab es natürlich auch anderswo in Europa. Vor allem die Dänen dürfen eine gewisse rechtspopulistische Originalität für sich in Anspruch nehmen. Die von dem berühmten Steuerrebell Mogens Glistrup, einem Rechtsanwalt, schon in den 1970er-Jahren gegründete „Fortschrittspartei“ hatte für Unruhe und Ungemach in dieser ebenfalls relativ kleinen Demokratie ge-

sorgt. Damals war allerdings noch nicht so viel davon die Rede, dass diese neue Protestpartei lange Bestand haben und in der Perspektive womöglich die Demokratie als solche gefährden könnte. An eine Ausbreitung des Rechtspopulismus über ganz Europa dachte damals kaum jemand.

Der Kärntner Jungpolitiker Haider, auch er von der Ausbildung her Jurist, wurde erst Ende der 1980er-Jahre auf der österreichischen Bühne sichtbar, als Glistrup im Norden seinen Wirkungszentrum bereits überschritten hatte. Die FPÖ schien sich inzwischen zur politischen Mitte hin geöffnet zu haben. Nachdem die Sozialdemokratische Partei Österreichs unter ihrem legendären Kanzler Bruno Kreisky 1983 die absolute Mehrheit verloren hatte, war in Wien eine sozialliberale Koalition nach dem Bonner Modell aus den 1970er-Jahren gebildet worden. Doch diese Allianz wurde in der deutschnationalen Kernmitgliedschaft der FPÖ nie wirklich akzeptiert. Unter der Führung Haiders formierte sich eine Gegenbewegung, die auf einem FPÖ-Parteitag 1986 putschte und Haider zum Vorsitzenden machte. Darüber brach die Koalition. SPÖ und ÖVP bildeten eine Große Koalition und der Aufstieg der „Freiheitlichen“ als populistische Bewegungspartei begann. In der Nationalratswahl 1999 wurde Haiders FPÖ die zweitstärkste Partei. Anfang 2000 bildete der Wahlverlierer Wolfgang Schüssel, Chef

der konservativen Volkspartei (ÖVP), mit Haider die erste Regierung in Europa, an der eine Rechtsaußenpartei beteiligt war. Haider selbst genoss inzwischen weit über die Grenzen Österreichs hinaus auf Grund einiger rechtsradikaler Aussagen – darunter ein Lob für die „Beschäftigungspolitik“ der deutschen Nazi-Regierung – einen Ruf als radikaler Rechtspopulist. Dementsprechend erregte der Eintritt seiner Partei in die Wiener Regierung große Empörung, er selbst verzichtete deshalb auf einen Posten im Kabinett. Das änderte aber nichts an der Tatsache, dass damit zum ersten Mal in der Europäischen Gemeinschaft von damals 15 Demokratien eine Partei des Rechtspopulismus an der Regierung beteiligt war. Und zwar eine Partei, die offenkundig stark verwurzelt war im rechtsnationalen, vordemokratischen und teilweise alt-nationalsozialistischen Milieu und einen fremdenfeindlichen und antieuropäischen Kurs verfolgte.

Die Aufregung in Europa war entsprechend groß, auch ohne ein Regierungsamt für Haider. In ihrer politischen Unterstützung suchten die 14 EU-Partner Österreichs nach Möglichkeiten, diesen Fehltritt Wiens zu korrigieren. Das war mangels europäischer Rechtsgrundlagen für wirkungsvolle Maßnahmen ein ziemlich hilfloses Unterfangen, der anfänglichen Entschlossenheit der großen französisch-deutschen Anti-Rechtspopulismus-Koalition Chirac-Schröder zum Trotz. Man sprach damals von „Sanktionen“, von demokratischer Isolierung dieser Outsider und versuchte, die Schlüssel-Regierung zu isolieren. Aber man musste schließlich feststellen, dass es ohne entsprechende Bestimmungen in der Satzung der EU dafür keine Handhabe gab. Der Übertritt eines EU-Mitglieds auf das Gelände der „Postdemokratie“ war einfach nicht vorgesehen. Heute ginge das leichter, inzwischen ist ein wenig nachgebessert worden. Aber man muss sich schon trauen, die Sanktionsmöglichkeiten auch zu nutzen. Damit tut die EU sich jedoch sehr schwer – wie das aktuelle Beispiel Ungarn zeigt. Und die Beteiligung rechtspopulistischer Parteien an demokratischen Regierungen in der EU ist inzwischen zwar nicht gerade üblich, gilt aber längst nicht mehr als Skandal.

Die ganze Affäre um die FPÖ-Beteiligung an der neuen österreichischen Regierung ging dann aus wie das berühmte Hornberger Schießen: Niemand kam bei all dem Wirbel und der öffentlichen Erregung der europäischen Demokraten der linken und rechten Mitte zu Schaden, auch die österreichische ÖVP-FPÖ-Regierung nicht. Die hatte zunächst vom europäischen Psychodruck noch profitiert, denn Volk und Regierung rückten zusammen. Doch nach relativ kurzer Zeit erledigte sich die Rechtskoalition von selbst. Von nahe betrachtet war es allerdings eigentlich so: Nichts wurde beschädigt – außer der Illusion, die Europä-

ische Union sei politisch stark und integriert genug, eine schleichende Unterwanderung durch vor- oder auch postdemokratische Bewegungen, Strömungen und Parteien zu verhindern.

In Österreich schon gar nicht, wäre der Aktualität zuliebe noch anzufügen: In zwei Landtagswahlen hat die zuwanderungsfeindliche FPÖ im Sommer 2015 kräftig abkassiert. In der Steiermark hat sie ihren Stimmenanteil fast verdoppelt. Und einer österreichischen Wählerstromanalyse zufolge entschieden sich 60 Prozent der Wähler aus dem Arbeitermilieu für die FPÖ. Schon unter dem 2008 tödlich verunglückten Jörg Haider hatte dessen völkisch-radikale Rechtspartei sich selbst als „die neue Arbeiterpartei“ bezeichnet, ein vom Erfolg belohnter Markenklau. Diese Piratenmethode der Rechtspopulisten ist heute weit verbreitet: ein „Rebranding“ im Zeitalter der globalen Flucht- und Migrationsbewegungen zu Lasten der alten Sozialdemokratie. Das Modell der politischen Werbeaussage lautet: Proletarier aller Regionen, ihr fürchtet euch vor den Fremden aus Arabien, Afrika und Asien? Recht habt ihr! Kommt zu uns, wir schützen euch – und das besser als die Sozialdemokraten. Eine verlogene Botschaft, die aber ankommt.

Das jüngste Beispiel aus den steirischen und burgenländischen Regionalwahlen nährt also die Vermutung – frei nach Erich Honeckers inzwischen widerlegter Behauptung der Unaufhaltsamkeit des Sozialismus: „Den Populismus in seinem Lauf hält weder Ochs noch Esel auf“. Die Mehrheits-Verschiebungen und die stimmungspolitischen Veränderungen sind jedenfalls unübersehbar, von Griechenland bis Spanien, von Frankreich über Österreich bis nach Skandinavien, von Ungarn als Spezialfall ganz zu schweigen. Nur Deutschland scheint wieder einen Sonderweg zu gehen: Zwar bröckeln auch hier die alten Mehrheiten, aber insgesamt tun die Verhältnisse so, als bliebe dessen ungeachtet alles beim Alten, trotz der angeblichen „Alternative“ für Deutschland; und trotz der Protestmärsche der „Patrioten“ und Unentwegten, die behaupten, es gehe ihnen um die Rettung des Abendlandes vor dem Islam.

Dafür haben wir nun, ein Jahr nach der Europawahl vom Mai 2014, in Finnland einen Repräsentanten der rechtspopulistischen Europakritik als Außenminister: Timo Soini, den Vorsitzenden der „Wahren Finnen“, die heute „Die Finnen“ genannt werden und sich als EU-Skeptiker bezeichnen. Soini ist Kopf und Bauch der chauvinistischen Rechtspartei. Sie ist inzwischen drittstärkste politische Kraft in Finnland.

Der Populismus ist seit langem Soinis Projekt. Vor fast 30 Jahren verfasste er eine Diplomarbeit zum Thema

„Populismus in der Politik“. Daraus wurde sein Lebenswerk, im weiteren Verlauf seines politischen Engagements vor allem in Gestalt seines Kampfes gegen die EU. Aber egal, wie völkisch der neue finnische Außenminister denkt und wie weit rechts er sonst steht, verglichen mit seinem griechischen Amtskollegen, dem Altmarxisten, Politikwissenschaftler und inzwischen Berufsdiplomaten Niko Kotzias, wirkt er gar nicht mehr so feindselig, was die EU angeht. Milder, gelassener, „gemäßigt“, wie Optimisten sagen würden. Der völkisch-populistische Wirkstoff, der leicht abschrecken kann, ist mit Volksnähe versüßt worden und damit genießbar. Ein erfolgreiches Marketing-Rezept des nordischen Nationalpopulismus.

Ein Jahr ist seit der EU-Wahl vergangen. Diese war, wir erinnern uns, besonders für einige rechte Randparteien erfreulich verlaufen: zum Beispiel für die Neonazis („Goldene Morgenröte“) in Griechenland, den Front National in Frankreich, UKIP in Großbritannien und natürlich für die deutsche AfD. Für den Niederländer Geert Wilders und seine Ein-Mann-„Freiheitspartei“ (PVV) brachte die Wahl dagegen Stimmenverluste, und zwar aus gutem Grund: Er hatte im Wahlkampf mit der berüchtigten „Sportpalast“-Frage in einer vollen Versammlungshalle – „Wollt ihr mehr oder weniger Marokkaner?“ – eindeutig überzogen. Man mochte meinen, es gebe noch ein bisschen Gerechtigkeit in der Politik. Aber wir haben auch gemerkt, dass Wilders von dem Rückschlag nicht sehr beeindruckt war. Sein Einfluss auf das öffentliche Klima im Königreich der Niederlande ist nicht wesentlich erschüttert.

Zu den Erfolgreichen der EU-Wahl 2014 gehörten auch Parteien am gegenüber liegenden Rande des klassisch-demokratischen Spektrums, allen voran Syriza in Griechenland, die damit ihren späteren Wahlsieg in der nationalen Wahl Anfang 2015 ankündigten. In Italien wurde die „Fünf-Sterne“-Protestpartei des populistischen TV-Komikers Beppe Grillo weit vor der xenophoben Lega Nord zweitstärkste Kraft; und eine kleine linksradikale Liste aus Griechenland, die sich als Ableger von Syriza anpries, kam immerhin auf drei Sitze im EU-Parlament.

Zu wenig beachtet wurde hingegen zunächst der überraschend erfolgreiche Start der neuen, im März 2014 gegründeten spanischen Linkspartei Podemos. Sie wurde bei der Europawahl viertstärkste Partei mit immerhin fünf Vertretern in Brüssel/Straßburg, gewählt von 1,245 Millionen Bürgern (7,9 Prozent). Die für die Zulassung als Partei bei der EU-Wahl nötigen 50.000 Unterschriften hatten die Parteigründer gleich am ersten Tag nach der Anmeldung beisammen gehabt. Ihr Gründer, Pablo Iglesias, ist aus der politischen Szene des Landes inzwischen nicht mehr weg-

zudenken; da mag er noch so wilde Sprüche machen, die er aus dem lateinamerikanischen Populismus importiert hat, zum Beispiel die applausträchtige Zeile: „Wenn ich Präsident bin, seid ihr alle Präsident!“ An ihm werden wir noch viel Freude haben, besonders die sozialistische Arbeiterpartei PSOE in Spanien. Eine von Iglesias' programmatischen Aussagen lautet denn auch: „Wir werden die PSOE ersetzen.“

Am Ende dieses Rückblicks muss man schließlich daran erinnern, dass in Italien Matteo Renzis (Sozial-)Demokratische Partei mit über 40 Prozent zur Siegerin der EU-Wahl wurde. Kurz darauf war Renzi nach einem parteiinternen Coup Ministerpräsident seines Landes.

Ein letztes zur Wahl 2014: Es gab auch Zustimmung zu pro-europäischen Parteien wie der grünen Miljö-Partei in Schweden, der D'66 in Holland – der ersten demokratischen Protestpartei in der europäischen Nachkriegsgeschichte aus den 1960er-Jahren – oder auch zu den Volksparteien der Mitte in Deutschland. Darin steckt aus meiner Sicht auch ein wenig Trost. Auch dass die großen Traditionsparteien zusammen immer noch eine rechnerische Mehrheit im europäischen Parlament haben, ist vor dem Hintergrund des europäischen Rechtsruckseine gute Nachricht. Vorsichtiger formuliert: Es hätte schlimmer kommen können.

Für eine Entwarnung reichen die positiven Details aber nicht. Eher im Gegenteil! Doch bevor ich das begründe, zunächst ein paar Begriffsklärungen. Worüber reden wir, wenn wir vom Populismus sprechen, vom rechten wie vom linken? Der Populismus ist nicht vom Himmel gefallen, er ist bei uns auf Erden entstanden und gewachsen und er wurde zum Teil durch die realen Verhältnisse gefördert. Die Populisten haben ihn nicht geschaffen. Sie haben ihn vorgefunden und sich seiner bemächtigt, ohne sich – wie wir wissen – selbst „Populisten“ zu nennen. Der Begriff hat ja in Europa einen gewissen Beigeschmack.

Für den Aufstieg der Protestparteien und der ihnen verwandten Wutbewegungen quer durch Europa gibt es eine Reihe objektive Ursachen, die ich hier kurz in Erinnerung rufen möchte:

- Da sind zunächst allgemein die spürbaren Folgen der Globalisierung und die damit verbundenen Zukunftssängste und Verlustserfahrungen, gerade bei den einfachen, eigentlich politikfernen Leuten, heute aber auch verstärkt in den sogenannten Mittelschichten.
- Politisch spielt die Verringerung der Handlungsspielräume nationaler Regierungen eine Rolle, auch sie eine Auswirkung der Globalisierung; daraus resultieren Sou-

veränitätsverluste, die das Vertrauen der Regierten in die Fähigkeiten und den guten Willen ihrer Regierung reduzieren.

- Damit verbunden wächst innerhalb der Eliten der Zweifel an der Problemlösungskapazität der parlamentarischen Demokratie überhaupt: In Gesprächen mit Repräsentanten der Wirtschaftswelt und der Politik hört man zunehmend den Hinweis auf die Überlegenheit des asiatischen „Demokratie“-Modells, das schnelle Umsetzung politischer Planungen und zügige Realisierung industrieller Großprojekte deutlich erleichtert, verglichen mit der „Verhinderungsdemokratie“ im alten Europa.
- Ein weiteres Problem ist der wachsende Reform- und Sanierungsdruck, der auf den Wohlfahrtssystemen lastet und die Regierungen zu Austeritäts-Maßnahmen zwingt, die – wie unausweichlich auch immer – schwer einsichtig sind oder ungenügend vermittelt werden (Stichwort: „alternativlos“).
- Zugleich wächst die Angst vor dem Verlust der traditionellen Sicherheiten angesichts der allmählich schwindenden Homogenität der alten Gesellschaften im Gefolge von Zuwanderung (und der sinkenden Geburtenrate der autochthonen Bevölkerung, um den Begriff aus der niederländischen Debatte zu benutzen). Dafür stehen Angaben bei Befragungen in urbanen Umgebungen wie: „Ich fühle mich fremd hier“, „Das ist nicht mehr mein Bezirk“. Gefühle, die die rechtspopulistische Agitation ausschachtet, siehe die österreichischen Slogans „Fremd im eigenen Land“ und „Neue Wohnungen statt neue Moscheen“.
- Zum Stimmungswandel trägt nicht zuletzt die Flut beunruhigender Nachrichten über Gewaltexzesse im Zusammenhang mit internationalen Konflikten und dem globalen Terrorismus bei. Sie sind seit dem 11. September 2001 zum Teil unseres Informationsalltags geworden (und werden selbst für einigermaßen abgebrühte News-Junkies allmählich unerträglich – was Wunder, dass als probates Hausmittel gegen diese Quelle der Zukunftsangst immer häufiger auch im bildungsnäheren Milieu empfohlen wird, besser keine Nachrichten zu schauen).
- Problemverschärfend wirken auch die in der Weltfinanzkrise sprunghaft angestiegenen Erwartungen der Bürger an den Staat und dessen Problemlösungskompetenz. Die Vermutung, dass der Finanzkapitalismus stärker sei als die Gemeinschaft der Regierungen, ist nicht leicht zu entkräften; Helmut Schmidt – kein Linker, würde ich sagen – spricht von „Raubtierkapitalismus“.
- Hinzu kommt die Erfahrung, dass die Hauptverursacher der Krisen im Bereich des Weltfinanzsystems – Banker und Broker – im Vergleich billiger davongekommen und mit den Folgen des Spekulationskapitalismus leichter fertig wurden als die Mittelschichten unserer westlich-kapitalistischen Demokratien, ganz zu schweigen von den ein-

kommensschwachen Schichten und dem Prekariat unserer Gesellschaften.

- Nicht zuletzt beruhen der Unwillen und der Zorn, auch die Apathie und Lethargie der Bürgerinnen und Bürger auf der Verkrustung des parlamentarischen Systems in vielen Ländern, auf politischen Fehlern der klassischen Volksparteien, deren kommunikativem Versagen und dem Fehlen neuer Mitwirkungsmöglichkeiten an der Meinungsbildung. Die Impulse in Richtung moderner Möglichkeiten der Partizipation, die es in den 1970er-Jahren reichlich gab, sind versickert.
- Ein abendfüllendes Thema in diesem Zusammenhang wäre natürlich die Rolle der Medien; darüber wäre bei anderer Gelegenheit nachzudenken.

All dies ergibt ein weites Panorama der Ursachen für bürgerliche Unzufriedenheit und politischen Zorn bis hin zu Empörung, zu der seinerzeit der französische Autor Stéphane Hessel die Jugend aufgerufen hat – mit Erfolg, wie die Entwicklung zumindest in Spanien zeigt. Es ist zugleich ein Panorama der optimalen Bedingungen für politische Persönlichkeiten mit einem Gespür für Menschen und deren emotionale Bedürfnisse. Von Ängsten und vom Zorn der Unzufriedenen und Benachteiligten profitierten in der politischen Geschichte immer wieder gerade Führer-Gestalten mit Charisma und der Fähigkeit, Massen zu begeistern und zu mobilisieren – aber auch zu missbrauchen. Herausforderungen, Stress-Situationen, Konflikte: Das sind die Situationen, in denen sich die Zukunft von Gesellschaften entscheidet. Auf die Akteure kommt es an.

Aus dem *populus*, also aus dem Volk, sind immer wieder politische Bewegungen und Führungsgestalten gekommen, die in besonderen Situationen große Wirkung entfaltet haben. Das sind sozialhistorische Konstellationen, in denen ein Funke – oder eben eine handelnde Führungsfigur – genügt, damit etwas Besonderes passiert. Die Politische Wissenschaft nennt das den „populistischen Moment“, the populist moment, wie es im amerikanischen Original bei Lawrence Goodwyn heißt. Er hat den Begriff geprägt, der deutsche Sozialwissenschaftler Helmut Dubiel hat ihn in die deutsche Debatte eingeführt.

In der besten aller Welten sind es jeweils die aufrechten Demokraten, die sich des populist moment bemächtigen und daraus ein positives politisches Ereignis schaffen. Aber so ist es in den selteneren Fällen, oft läuft es nicht gerade optimal. Manche, die als good populists angetreten sind, als Populisten der Aufklärung, haben die Hoffnung ihrer Anhänger enttäuscht, wie der gegenwärtige amerikanische Präsident Barack Obama: Auch der gutwillige Tribun mit den besten Absichten kann an den Umständen und am Widerstand eines ganz anderen radikalen Antimoderni-

sierungs-Populismus scheitern. Und fortschrittsoffene Populisten haben sich im Rausch ihrer ersten Erfolge auch gewandelt und sind der Versuchung erlegen, ihre Gabe, die Menschen zu begeistern, schließlich vor allem für den Machterhalt zu nutzen: Die Geschichte ist voller Beispiele von Volkstribunen, denen der populistische Erfolg und die darauf beruhende politische Macht zu Kopfe stieg.

Der Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel, Direktor am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), schreibt dazu als Herausgeber des kürzlich erschienenen Buchs „Demokratie und Krise“: „Es hängt vom Handeln der relevanten Akteure ab, ob Herausforderungen zur Krise werden.“ Von Bürgerinitiativen und Sozialaktivisten, ebenso aber von den politischen Eliten in den zentralen Organisationen und öffentlichen Institutionen: „Herausforderungen der Demokratie werden aber erst dann zu systemgefährdenden Krisen, wenn sie auch Akteure hervorbringen, die die Ressourcen und Strategiefähigkeit besitzen, die relevanten Machteliten des alten Systems herauszufordern. Dies können machtvoll Bewegungen, Antisystemparteien oder gar das Militär sein.“

Können diejenigen, die wir heute pauschal unter dem Begriff Rechtspopulisten zusammenfassen, solche Akteure sein? Können sie kritische Situationen zu einer die Demokratie gefährdenden Krise verdichten und damit das System selbst ins Wanken bringen? Wolfgang Merkel sieht keinen Grund für Alarmismus: Die uns bekannten rechtspopulistischen Parteien „innerhalb der repräsentativen Demokratien der OECD-Welt“ hätten weder die Kraft noch den programmatischen Willen, die Demokratie zu zerstören. Eher wirkten sie unterm Strich sogar systemstabilisierend. Merkel: „Sie füllen eine Repräsentationslücke entlang der Konfliktlinie von kosmopolitanem Liberalismus und nationalem Kommunitarismus aus, die von den etablierten Parteien nicht abgefüllt wird.“ Das sei in der Demokratie schon immer so gewesen. Dann zieht Merkel einen historischen Vergleich: „Dies haben die Protest- und Reformbewegungen am Ende der 1960er-Jahre gezeigt, als sie die formierten Gesellschaften und obrigkeitsstaatlichen Exekutiven der westlichen Demokratien kulturell revolutionierten und demokratisierten.“

Das klingt irgendwie beruhigend. Gut, wenn es so ist. Aber ist es so? Fest steht sicherlich: Eine unmittelbare Machtübernahme des Rechtspopulismus droht in unseren Breiten nicht. Die Demokratie ist aktuell nicht bedroht von ruckartigen Veränderungen, etwa von einem Putsch wie in Griechenland anno 1967. Was allerdings im aktuellen „populistischen Moment“ ansteht, ist ein Prozess der Beschleunigung, ein autoritärer Themendrift. Und wovon Gefahren für den inneren Zusammenhalt der Demokratien aus-

gehen, ist vor allem das, was der Bielefelder Soziologe Wilhelm Heitmeyer die „Ethnisierung“ der akuten politischen Probleme (Sozialstaat, Arbeitsmarkt, Infrastruktur, innere Sicherheit) nennt, also die Erklärung der akuten Probleme als Folge von Zuwanderung und vermeintlicher „Überfremdung“. Dieser Prozess untergräbt den Konsens, auf dem die europäischen Nachkriegsdemokratien aufbauten und der zur Gründung und zum Ausbau der europäischen Staatengemeinschaft geführt hat.

In Österreich sprach man seinerzeit von der „Haiderisierung“ der Gesamtgesellschaft. Man meinte damit die Kontaminierung des öffentlichen Denkens und des Diskurses mit der Simplizität und Demagogie völkisch-populistischer Positionen. Das gilt inzwischen für weite Teile der westlich-demokratischen Welt. Die Argumentationsmuster der Zuwanderungsgegner mögen in der Sprache heute vorsichtiger sein als noch vor zehn Jahren. Aber inhaltlich sind die Rechtspopulisten innerhalb der EU sich einig in dem Verlangen, die Grenzen dicht zu machen gegen alle, die anders denken, anders leben und anders aussehen. Europa soll weiß bleiben, und „christlich“ natürlich auch. So sagt man das nicht, aber das ist gemeint.

Der Geist von Pegida ist längst aus der Flasche. Die Repräsentanten und Repräsentantinnen dieser deutschen Bewegung des Jahres 2015 mögen Witzfiguren sein. Doch sie erzielen Wirkung. Denn Gleichgesinnte gibt es überall. Die Pegidaisierung Europas kommt gut voran. Und wir wissen, dass man diese emotionalen Töne und Stimmungen nicht nur im ultrarechten Milieu antrifft. „Die Sorgen der Menschen“, wie man heute verschleiern sagt, wenn man die Themen Xenophobie und Sozialchauvinismus gegenüber der potenziellen eigenen Klientel nicht so grob ansprechen will, diese Ausgrenzungshaltung ist weit verbreitet. Sie ist überall anzutreffen, wo die Angst vor Abstieg, Arbeitsverlust und Armut nistet. Nicht nur in Dresden. Nicht nur in der Steiermark. Nicht nur im schönen Land der Marine Le Pen.

Das ist der Kern des Problems: Je erfolgreicher die Strategie der Vereinfachung oder der Hetze ist, desto wirkungsvoller behindert sie den notwendigen politischen Diskurs über die wahren Probleme der Gesellschaft. Und umso schwieriger wird dann die liberal-demokratische Methode der Problemlösung. Die Herausforderungen werden komplizierter. Die klassischen Instrumente der Parteiendemokratie, dieser Probleme Herr zu werden, verlieren an Wirksamkeit. Die Ungeduld der Mehrheit wegen der Ineffizienz klassischer Politik wächst. Einfache Lösungsvorschläge, die ohne demokratische Hemmnisse auskommen wollen („Notstandsmaßnahmen“), gewinnen an Attraktivität. So muss die klassische liberale Demokratie auf Dauer in eine akute Legitimationskrise geraten. Daraus folgt die Suche nach neuen Wegen der

Problemlösung. Allmählich wächst eine neue Idee heran: die Devise „Weniger Demokratie wagen“. So formuliert man es natürlich nicht, aber sinngemäß hört man den Gedanken in den „besten Kreisen“. Der niederländische Journalist und Schriftsteller Geert Mak schrieb vor wenigen Jahren: „Bis vor kurzem war es einfach: Man war Demokrat und Europäer. Heute ist das längst nicht mehr selbstverständlich.“

Die Gefahr, die vom Rechtspopulismus für die Demokratie ausgeht, wird besonders deutlich bei einem genaueren Blick auf seine politische Nähe und geistige Verwandtschaft zum europäischen Rechtsextremismus. Der Rechtspopulismus stellt eine Art Brückenkopf zu den traditionellen Rechtsextremisten wie zu den ideologischen Wiedergängern in der jüngeren Generation dar. Die führenden Populisten Europas werden zwar nicht müde, sich vom Rechtsextremismus des Front National, der DVU, NPD oder diverser nordischer White-Power-Sekten zu distanzieren. Ihre eigene Anti-Diversitäts-Propaganda stützt sich jedoch auf dieselbe rassistisch motivierte Philosophie. Die modernen Rechtspopulisten vermeiden lediglich offen rassistische Rhetorik. In ihrem Kampf gegen gesellschaftliche Vielfalt (Herkunft, Religion, politische Überzeugung, sexuelle Orientierung) bedienen sie sich einer in Main-stream-Begriffen codierten Sprache, die ihre Botschaft zwar kenntlich macht, aber vor Strafverfolgung schützt. Wer zu deutlich wird, dem blüht im Zweifel der Parteiausschluss. Marine Le Pen, der „wahre Finne“ Soini, die Haider-Erben haben es vorgemacht.

So wird man den geistigen Haider-Erben Heinz-Christian Strache nicht beim öffentlichen Lob für Hitlers „großartige Beschäftigungspolitik“ erwischen. Auch der neue Spitzenmann der italienischen Lega Nord, Matteo Salvini, bedient sich heute einer gemäßigten Sprache, selbst gegenüber den Zuwanderern. Seit einiger Zeit, so wird berichtet, nennt er Migranten nicht mehr „Zecken“. Na bitte. Auch die norditalienische Verachtung gegenüber Italiens Süden hat er dem Vernehmen nach gedämpft, keine Rede mehr von einem eigenständigen Padanien. In Frankreich hat sich Marine Le Pen in Sprache und Symbolik deutlich von ihrem rechtsextremen Vater distanziert, sogar um den Preis des Bruchs mit ihm. Sie will Präsidentin der Republik werden. Da muss sie auch für die frustrierten bürgerlichen Rechtswähler akzeptabel sein.

So bilden Le Pen, Strache, Salvini, aber auch die Schweden-demokraten, „Die Finnen“ und Norwegens rechtspopulistische „Fortschrittspartei“ inzwischen eine weichgespülte, salonfähige Version des Rechtsextremismus – „Rechtsextremismus light“, wie Politologen den neuen Stil nennen: Rechts denken und reden, aber mit leiser Stimme und einem Lächeln im Gesicht. Offen geredet wird nur da, wo kantige Härte bis zur Mitte hin populär ist, also wenn es

gegen Flüchtlinge und Asylbewerber geht, gegen Islam und Feminismus, „Sozialschmarotzer“ und Arbeitslose, Eliten und Intellektuelle, gegen Linke, Schwule und Lesben. Der populistische Extremismus marschiert heute nicht mehr in Knobelbechern, auch nicht im Gleichschritt. 15 Jahre nach der Haider-Zäsur in Österreich bewegt der EU-Rechtspopulismus sich auf leisen Sohlen. Man muss genau hinsehen und hinhören. Und dagegenhalten. Nicht imitieren, nicht versuchen, das Problem zu ignorieren.

Bei aller populistischen Sanftheit: Die auffällige Affinität der westeuropäischen Rechtsaußenparteien zu den osteuropäischen autoritären Staatsführungssystemen gibt Anlass zu nachhaltigem Misstrauen. Diese vordemokratischen Regime scheinen dem Denken und Politikverständnis „unserer“ postdemokratischen Populisten mehr zu entsprechen als das klassische westliche Demokratiemodell, in dem sie ihre antidemokratischen Strategien entwickeln. Dem entspricht der neue geheimnisvolle Ost-West-Austausch über Fragen politischer Koordination und Zusammenarbeit zwischen Autoritären und Autokraten hüben und drüben. Dabei geht es um „Demokratie“-Modelle jenseits des westlichen Liberalismus und der europäischen Rechtsstaatskultur. Man könnte auch sagen: um das Patent zur Konstruktion einer „Demokratie“ ohne Rechtsstaat und Liberalität, ein formaldemokratisches Wohlfühlssystem für moderne Autokraten. Das sollte liberalen Demokraten Anlass zu erhöhter Wachsamkeit geben.

Das russische Gegenmodell zur westlichen Demokratie hat das Interesse der Rechtspopulisten in Europa geweckt. Wladimir Putin ist der neue internationale Bezugspunkt der Le Penisten aller EU-Länder, der Franzosen, Niederländer, Flamen, Ungarn, Norditaliener, Griechen. Nicht so, wie in den 1960er-Jahren Mao, Che oder Ho die SDS-Studenten interessierten. Der Mann im Kreml weckt nicht so viel Leidenschaft. Das haben schon seine Vorgänger Breschnjew oder Andropow nicht getan. Und die Kundschaft des Rechtspopulismus ist auch nicht so begeisterungsfähig, wie es vor langer Zeit einmal die Studenten waren. Aber davon unabhängig hat sich die politische Offensive der völkisch-populistischen Rechten gegen die liberale Demokratie verstärkt internationalisiert. So gewinnt sie eine neue Qualität: Der Kampf um die „kulturelle Hegemonie“ wechselt von den vergleichsweise kleineren nationalen Machtkämpfen zur europäischen Konfrontation der Systeme. Der Kalte Krieg zwischen Demokraten und Antidemokraten hat begonnen.

Die Europawahl 2014 und der Konflikt in der Ukraine haben insofern mehr miteinander zu tun, als die scheinbar zufällige, aber doch irgendwie symbolträchtige Tatsache, dass beide Wahlen am selben Tag stattfanden. Das in Moskau ent-

wickelte Eurasien-Konzept, also die Idee eines Europas von Wladiwostok bis Lissabon als neuem machtpolitischen Faktor in der Weltpolitik und als drittem Player zwischen China und den USA nährt Marine Le Pens Phantasien für die Zeit nach einem Sieg bei der nächsten Präsidentschaftswahl. Der Ruf nach einer Befreiung Europas aus umfassender amerikanischer Hegemonie – politisch, ökonomisch und kulturell – wäre jedenfalls eine pikante Kampflinie für die kommende innerfranzösische Auseinandersetzung. Und sollte Le Pen mit dem Front National ihr Ziel erreichen, würden interessante Zeiten beginnen. Wir reden nicht von konkreten Projekten und deren Realisierbarkeit. Wir reden von Übergängen. Und von den Ideen, die diese Transformationen der europäischen Demokratien zum Ziel haben.

Ist es möglich? Unmöglich ist nichts. Vor allem dann nicht, wenn der sich formierenden reaktionären Internationale unter russischer Führung, deren Denken die rechtsradikalen Berater des russischen Präsidenten prägen, nichts entgegengesetzt wird. Putins Chefideologe, der Moskauer Publizist Alexander Dugin, dessen Spezialität ein knallharter ideologischer Cocktail aus Faschismus und Kommunismus ist, holt sich – nach eigener Auskunft – viele Anregungen aus der Gedankenwelt des autoritären Mitteleuropa der 1920er- und 30er-Jahre mit seinen kleinen korrupten Polizeidemokratien. Der Oberdenker und seine Helfer im Kreml orientieren sich an faschistischen Politikern wie Mussolini (Italien) und Horthy (Ungarn). Anregungen holt Dugin sich auch bei rechten Ideologen und nationalen Denkern wie den deutschen Philosophen der „Konservativen Revolution“, die wesentlich zur geistigen Aushöhlung der Weimarer Demokratie beitrugen. Und, natürlich, beim geistigen Patron aller Autoritären, Carl Schmitt.

Diese internationale Dimension halte ich für die entscheidende neue Qualität der populistischen Herausforderung. Nicht von ungefähr begann der Politikwissenschaftler Jan-Werner Müller kürzlich einen Aufsatz in der „Berliner Republik“ mit dem Aufschlag: „Kann es innerhalb der Europäischen Union eine Diktatur geben? Vor ein paar Jahren wäre solch eine Überlegung noch als interessante Spielerei der politischen Theorie abgetan worden.“ Stimmt. Ich würde sogar sagen: als Spinnerei durchgeknallter Akademiker. Heute aber ist die Frage ernster zu nehmen, als uns lieb sein kann.

Was die Strategen der neuen populistischen Führer- und „Kleine-Leute“-Volksparteien Westeuropas an Putin vor allem interessiert, ist sein Führungsmodell der strikten Kontrolle der Gesellschaft durch die Staatsmacht. Das passt in ihre gesellschaftliche Vorstellung von Ruhe und Ordnung. So wie die Nachfahren des sowjetischen Totalitarismus und Nationalismus haben sie wenig übrig für das „erodieren-

de“ Modell der traditionellen repräsentativen Demokratie. Dieses leidet zu sehr an akuter Führungs-, Ideen- und Entscheidungsschwäche, um attraktiv zu sein, und verliert nicht zuletzt deshalb zusehends an Vertrauen in der Bevölkerung. Die populistischen Vordenker, falls dies das richtige Wort ist, sympathisieren daher umso mehr mit der leichter vermittelbaren ethnozentrischen, anti-islamischen, anti-multikulturellen und homophoben Haltung der osteuropäischen Rechten und der von Putin bewusst restaurierten, an nationaler Größe orientierten Achse von Kreml und Kirche. Die entschlossene Verteidigung der alten Werte und der vermeintlich gottgewollten Ordnung – zwischen den Geschlechtern und innerhalb der Gesellschaft – bilden eine ausreichende Basis für Annäherungen über historische Differenzen hinweg.

Erinnern wir uns, um die Entwicklung deutlich zu machen: 1989 riefen die Ostberliner auf den Straßen der DDR-Hauptstadt „Gorbi-Gorbi!“, weil sie in dem sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow auf Grund seiner Aussagen über Glasnost und Perestrojka einen Verbündeten im Geiste für ihre Reformforderungen vermuteten. 2015 riefen die Pegida-Demonstranten in Dresden „Putin hilf!“, weil sie im autoritären russischen Präsidenten einen Verbündeten im praktischen Widerstand gegen das westliche Demokratie- und Kulturmodell sahen. Beide Male hatten die Demonstranten das richtige Gefühl. Welch ein symbolträchtiger Unterschied!

Was die rechtspopulistischen „Putin-Versteher“ und -Sympathisanten vor allem interessiert, ist die Phantasie des Despoten im Kreml in Sachen „geordnete Demokratie“. Damit hatte der gelernte „Westler“ Putin seinerzeit nach dem postsowjetischen Chaos unter Jelzin aufräumen wollen. Aus der „geordneten Demokratie“ wurde alsbald das derzeit praktizierte autoritäre Machtmodell, das in den Machtphantasien der Rechtspopulisten durchaus präsent ist, wenn vielleicht auch in unterschiedlicher Intensität. Natürlich würden sie, sofern sie je in die Lage kämen, darüber zu entscheiden, „freie Wahlen“ nicht abschaffen. Stattdessen würden sie mehr Abstimmungen und mehr „Volksbeteiligung“ einführen. Auch so kann man ja die parlamentarische Demokratie eingrenzen und sich Einfluss ohne direkte Machtbeteiligung verschaffen.

Der Bonner Politikwissenschaftler Frank Decker spricht in diesem Zusammenhang von der „plebisitären Transformation“ des Systems. Weniger Rechte für die Abgeordneten, mehr Einfluss für die Stimmung des Volkes und seine Sprecher, das ist zunächst nicht verdächtig. Aber wie viel „plebisitäre Demokratisierung“ verträgt die parlamentarische Demokratie, ohne ihren repräsentativen Charakter zu verlieren? Wo die Schwellen des Übergangs zur „Post-

demokratie“ liegen, darauf muss man besonders in Krisenzeiten achten. Im politischen Alltag gibt es keine Warnschilder wie einst im geteilten Berlin: „Achtung, Sie verlassen jetzt den demokratischen Sektor“. Was da drüben wartet, ist allerdings noch nicht bekannt.

Ich fasse zusammen: Wir leben offenkundig in interessanten Zeiten – meinetwegen dürften sie gerne weniger aufregend sein. Spannend sind sie nicht zuletzt deshalb, weil sie alle Kennzeichen des Übergangs tragen. Wie das kontinentale Ringen um die gesellschaftliche Weiterentwicklung der Demokratien beziehungsweise der autoritären Staatsmodelle weitergeht und welche Veränderungen in diesem Prozess Platz greifen werden, lässt sich im Moment nicht vorhersagen. Die intellektuellen Spekulationen darüber sind unterschiedlich. Schon Ende des vergangenen Jahrhunderts äußerte der liberale Denker Ralf Dahrendorf die Vermutung, „ein Jahrhundert des Autoritarismus ist keineswegs die unwahrscheinlichste Prognose für das 21. Jahrhundert“. Man könnte anfügen: Eine neue Blüte der liberalen Demokratie ist keineswegs die wahrscheinlichste Prognose für das 21. Jahrhundert.

Ist das zu resignativ? Zutreffend schreibt der Historiker Paul Nolte in seinem lesenswerten Buch „Was ist Demokratie?“, heute umgebe den Diskurs über die Zukunft der Demokratie „ein Hauch von Melancholie“. Der Gedanke, dass die liberale Demokratie, wie wir sie kennen – das Modell aus Rechtsstaat, Sozialstaat und Wohlstand für alle – zur Ablösung bestimmt sein könnte, hat nun mal etwas Beklemmendes. Es geht in diesem Stadium des Übergangs nun darum, wie die Weiterentwicklung aussieht. Was kommt danach?

Die „Postdemokratie“, die Colin Crouch als neuen Begriff popularisiert hat, muss nicht den Abschied von der ursprünglichen Idee des gleichberechtigten Zusammenwirkens aller Bürgerinnen und Bürger bedeuten. „Der Triumphalismus von einst hat ausgedient“, meint Nolte. Stimmt. Die Ge-

schichte geht weiter, trotz Mauerfall und Ende des sowjetischen Imperiums, trotz 11. September und Börsen-Crash. Wir wissen auch: Der Kapitalismus hat gesiegt. Das heißt aber nicht, dass die Demokratie davon profitierte. Doch die Arbeit am demokratischen Projekt geht weiter, „als Krisengeschichte“ (Nolte), aber auch als „beständige Suche nach neuen Formen von Freiheit und Partizipation“. Gesucht wird die soziale, liberale Demokratie nach dem Populismus.

Das ist eine lohnende Aufgabe. Ich finde, wir sollten dabei sein.



Der Autor:

Werner A. Perger, ehemaliger Leiter des Ressorts Politik der ZEIT, ist politischer Journalist und Chronist. Im Jahr 2013 erschien sein Buch „Progressive Perspektiven: Europas Sozialdemokratie in Zeiten der Krise“. Auch in dem 2015 im Verlag J.H.W. Dietz Nachf. erschienenen Band „Rechtspopulismus in Europa – Gefahr für die Demokratie?“ ist er mit einem Beitrag vertreten.

In den Beiträgen der Reihe Im Wortlaut kommen die Auffassungen der einzelnen Autorinnen und Autoren zum Ausdruck. Diese müssen nicht unbedingt die Meinung der Friedrich-Ebert-Stiftung bzw. des Herausgebers widerspiegeln.

Das Projekt „**Gegen Rechtsextremismus**“ im Forum Berlin/Abteilung Politischer Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung bietet kontinuierlich Veranstaltungen, Publikationen und Seminare zu aktuellen Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus sowie zu effektiven Gegenstrategien an.

In der Publikationsreihe „**Impulse gegen Rechtsextremismus**“ werden die Ergebnisse wichtiger Veranstaltungen zusammengefasst. Sie wird ergänzt durch „**Expertisen für Demokratie**“, die ausgewählte Analysen und Fachbeiträge zu aktuellen Fragestellungen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus bieten.

Die Reihe „**Im Wortlaut**“ dokumentiert herausragende Redebeiträge von Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Themenfeld Rechtsextremismus/Rechtspopulismus.

Wenn Sie bis jetzt noch nicht in unserem Verteiler sind und zukünftige Ausgaben der Reihe „Im Wortlaut“ erhalten möchten, senden Sie bitte eine E-Mail mit Ihren Kontaktdaten an: forum.rex@fes.de. Mehr Informationen zur Arbeit der FES für Demokratie und gegen Rechtsextremismus finden Sie unter: www.fes-gegen-rechtsextremismus.de